

(331a)

Nr. 3661.

### Kundmachung.

Das Kriegsministerium beabsichtigt den Bedarf an Fußbekleidungen für das Verwaltungsjahr 1866, außer mit den bestehenden dreijährigen Lieferungs-Kontrahenten, auch noch auf Anbote mittelst der allgemeinen Konkurrenz unter nachstehenden Bedingungen sicherzustellen.

1. Diese Sicherstellung umfaßt nur die einjährige Lieferungs-Periode des Solarjahres 1866, daher mit Rücksicht auf die hiefür entfallende geringere Erforderniß für den Lieferungs-Anbot das anzubietende Lieferungs-Minimum auf 15.000 Paare Fußbekleidungen festgesetzt wird, wovon jedoch der dritte Theil, oder auf Verlangen des Kriegsministeriums auch mehr, in komplet im Materiale zugeschnittenen Zustande zu liefern ist.

Nebst diesem Lieferungs-Minimum von 15.000 Paaren Fußbekleidungen ist im Offerte auch das zu leisten mögliche Lieferungs-Maximum anzugeben.

Diese für obige Lieferungs-Periode zum Abschluß gelangenden Kontrakte sind ohne jede weitere Folgerung nur für das Jahr 1866 wirksam.

2. Die zu liefernden Artikel sind: Schuhe, Halbstiefel, Husaren-Gizmen, dann hohe Stiefel für ehemalige Freiwilligen-Uhlanen- und Gizmen für ehemalige Freiwilligen-Husaren-Regimenter und Gizkosen-Gizmen im fertigen, dann im komplet im Materiale zugeschnittenen Zustande, nach den für jeden Artikel festgesetzten Größengattungen.

3. Unter dem anzubietenden Gesamt-Lieferungs-Minimum von 15.000 Paaren diverser Fußbekleidungen können sämtliche obbenannte Artikel, oder auch einzelne Artikel, z. B. Schuhe, Halbstiefel, allein zum Anbote gebracht werden. Bei jedem Lieferartikel ist der Lieferpreis anzugeben, — bei den Schuhen ist derselbe sowohl für den Anbot von Schuhen ohne Unterschied der Größengattung, als auch einzeln für jede der acht Größengattungen anzusehen.

4. Die Befohlung der Fußbekleidungen hat aus dem bisher hiezu verwendeten, in Knoppereu gegärbten Pfundsohlenleder zu bestehen, jedoch wird auch die Lieferung von Fußbekleidungen mit Sohlen aus in Knoppereu und Eichenlohe gegärbtem, sogenanntem deutschen Sohlenleder erzeugt zugelassen.

5. Ist der Kontrahent gehalten, die Erzeugung der Fußbekleidungen in eigenen unter seiner unmittelbaren Beaufsichtigung stehenden Fabrikslokalien bewirken zu lassen, wobei es dem Kriegsministerium freigestellt ist, nach seinem Ermessen durch Einsichtnahme in den Geschäftsbetrieb von der Erfüllung dieser Bedingung sich zu überzeugen.

6. Die Erzeugung der Fußbekleidungen muß dem Probemuster vollkommen gleich bewirkt sein. Die Untersuchung und Beurtheilung der zu liefernden Artikel wird lediglich der übernehmenden Monturs-Kommission eingeräumt.

Rücksichtlich der beanstandeten Lieferungs-übernahmen haben in jenen Fällen, wo bisher die streitige Beschaffenheit der Mustermäßigkeit der gelieferten Artikel durch einen gerichtlichen Kunstbefund entschieden wurde, künstlich statt dieses Kunstbefundes gemischte Kommissionen über die Mustermäßigkeit der beanstandeten Lieferartikel zu entscheiden.

7. Wenn sich demzufolge der Lieferant mit dem Befunde der Uebernahme-Kommission über die Annehmbarkeit seiner Lieferung nicht einverstanden erklärt, so steht es ihm frei, falls er die Umstände für unbegründet oder für übertrieben hält, auf Kosten des Sachfälligen eine gemischte Kommission zu verlangen, welche ihm nicht verweigert werden darf.

Diese vom Landes-General-Kommando zusammenzusetzende Kommission hat zu bestehen:

- a) aus einem Generalen als Präses;
- b) aus einem Stabsoffizier und einem Hauptmann oder Rittmeister, von welchen beiden Einer aus dem Truppenstande und Einer durch die k. k. General-Monturs-Inspektion aus der Monturs-Branche, ausschließlich jener Monturs-Kommission bei welcher die Untersuchung stattfindet, zu bestimmen ist;
- c) aus einem Oberkriegskommissär oder Kriegskommissär; und
- d) aus drei Sachverständigen aus dem Zivilstande, von welchen Einen der Lieferant, Einen die Monturskommission und Einen das Handelsgericht über Ersuchen des Landes-General-Kommando zu bestimmen hat.

Doch soll von dem Lieferanten das Ansuchen um die Anordnung einer solchen Kommission bei dem Landes-General-Kommando, in dessen Bezirke sich die unterstehende Monturs-Kommission befindet, unter gleichzeitiger Namhaftmachung des von ihm zu wählenden Sachverständigen, längstens binnen acht Tagen von dem Zeitpunkte der kommissionellen Zurückweisung seiner Waare um so sicherer schriftlich eingebracht werden, als er sonst als mit dem Befunde der Uebernahme-Kommission einverstanden betrachtet werden würde. Der Befund einer solchen unparteiischen Kommission, bei welcher auch der Lieferant entweder persönlich oder durch einen Bevollmächtigten zu erscheinen und seine allfälligen Erinnerungen vorzubringen hat, ist sohin bezüglich der Mustermäßigkeit der Waare als ein endgiltiger Schiedsspruch dergestalt anzusehen, daß dagegen keinem Theile eine weitere Berufung weder im administrativen noch im Rechtswege zustehen soll. Die Kosten, welche durch eine solche unparteiische Kommission auslaufen, trägt der Lieferant in dem Falle, wenn die untersuchten Materialien oder Sorten entweder ganz oder auch nur zum Theile von der Kommission als nicht muster-mäßig anerkannt worden sind.

8. Die vermöge des Kontraktes zu leistenden Lieferungen sind in der Regel von dem Lieferanten, mit welchem der Lieferungsvertrag abgeschlossen wurde, selbst, und zwar in eigener Person, abzustatten. Sind die kontrahirten Lieferungen von mehreren Unternehmern vermöge des mit ihnen abgeschlossenen solidarischen Lieferungsvertrages zu leisten, so hat deren Abstattung von Jenem bewirkt zu werden, welcher von den in solidum vereinigten Mitunternehmern hiezu ausdrücklich bestimmt wurde, sohin im Namen der solidarischen Kontrahenten das Geschäft leitet und die Verbindlichkeiten zum Vollzuge bringt. Kann der Kontrahent die ihm aus dem Vertrage obliegenden Verbindlichkeiten oder die hieraus zukommenden Rechte in eigener Person nicht zur Ausübung bringen, so kann er, im Einklange mit den Bestimmungen des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches, einen Bevollmächtigten bestellen und durch selben sich vertreten lassen.

Doch soll für die, aus ein und demselben Vertrage zu leistenden Verbindlichkeiten nur Ein Bevollmächtigter bestellt werden, und nur, wenn der Kontrahent bei mehreren Monturs-Kommissionen Verbindlichkeiten zu erfüllen hat, sei es aus Einem oder mehreren und verschiedenen Kontrakten, kann derselbe für jede Monturs-Kommission abgesondert Einen Bevollmächtigten bestellen.

In allen übrigen Fällen ist eine mehrseitige Bevollmächtigung unzulässig.

Wird die Vollmacht widerrufen, so hat der Kontrahent diesen Widerruf der Vollmacht und den allenfalls neu bestellten Bevollmächtigten der betreffenden Monturs-Kommission stets rechtzeitig bekannt zu geben und ist ferners der von dem Kontrahenten ernannte und bestellte Bevollmächtigte jederzeit in den betreffenden Lieferungsvertrag, für welchen derselbe bestellt ist, aufzunehmen.

9. Hinsichtlich der Form und des weitem Inhaltes der einzubringenden Offerte ist sich an die mit der Ausschreibung der Lieferung von Fußbekleidungen für das Jahr 1864 hinausgegebenen Bedingungen, welche bei jeder Monturs-Kommission ausliegen, zu halten, nachdem dieselben in allen jenen Punkten, welche nicht durch die vorliegende Kundmachung abgeändert wurden, in voller Wirksamkeit bleiben.

10. Ein im Ausgleichsverfahren befindlicher Konkurrent wird, so lange dieses Verfahren nicht beendet ist, zur Einbringung von Offerten nicht geeignet erkannt. Ebenso werden im telegraphischen Wege eingebrachte Offerte nicht berücksichtigt.

11. Mit dem Offerte ist gleichzeitig das vorgeschriebene Leistungsfähigkeitszeugniß, welches stempelfrei ist, dann mittelst eigenen Kuverts unter Benennung des Inhaltes das Badium beizubringen.

12. Das Leistungs-Zertifikat, um welches der Dfferent drei Tage vor Einreichung seines Offertes bei der betreffenden Handels und Gewerbe-kammer oder der sonst kompetenten Behörde anzusuchen hat, ist dem Dfferenten nur versiegelt zu übergeben und versiegelt auch dem Offerte anzuschließen. In jedem derlei Zertifikate muß bestimmt ausgedrückt sein, ob der Dfferent die Schuherzeugung als eigentliches Gewerbe betreibt, oder ob er Leder-Erzeuger ist, dann ob er sich in der Lage befindet, die Schuherzeugung in eigenen Fabrikslokalien und in der überhaupt nach den Offertbedingungen verlangten Weise zu bewirken. Auch müssen in diesem Zertifikate seine Vermögensverhältnisse beurtheilt und das etwa eingetretene Ausgleichsverfahren angedeutet werden.

13. Die Badien die für die Zuhaltung des Offertes mit fünf Prozent des Lieferungs-werthes, welcher für das als Minimum angebotene Lieferquantum nach den gefoderten Preisen entfällt, beigebracht werden müssen, können entweder in barem Gelde, oder in Realhypotheken, oder in österreichischen Staatsschuldverschreibungen, oder aber endlich in Aktien oder Prioritätsobligationen jener Gesellschaften, welche eine Staatsgarantie genießen, erlegt werden. Die österreichischen Staatsschuldverschreibungen werden nach dem Börsenkurse des Erlegtages, insoferne sie jedoch mit einer Verlosung verbunden sind keinesfalls über den Nennwerth, die genannten Aktien oder Prioritätsobligationen aber nach dem Börsenkurse des Erlegtages mit einem 10%igen Abschlage angenommen.

Staatsgarantie genießen bis jetzt folgende Industrie Unternehmungen.

Die österreichische Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft, die Kaiserin Elisabeth-Bahn, die südliche Staats-, lombardisch-venetianische-zentralitalienische Eisenbahngesellschaft, die Theißbahn, die galizische Karl-Ludwigs-Bahn, die böhmische Westbahn, die Lemberg-Czernowitzer Eisenbahn-Gesellschaft, die süd-norddeutsche Verbindungsbahn und die österreichische Staats-Eisenbahngesellschaft. Pfandbestellungs- und Bürgschafts-Urkunden können nur dann als Badium oder Kautions angenommen werden, wenn dieselben durch Einverleibung auf ein unbewegliches Gut gesetzlich sichergestellt und mit der Bestätigung der betreffenden Finanzprokuratorat bezüglich ihrer Annehmbarkeit versehen sind. Wechsel werden weder als Badium, noch als Kautions angenommen.

14. Die Badien derjenigen Dfferenten, welchen eine Lieferung bewilligt wird, bleiben in dem Falle, als diese Badien in barem Gelde, oder Realhypotheken, oder in österreichischen Staatsschuldverschreibungen, oder in Pfandbestellungs- und Bürgschafts-Urkunden erlegt wurden, bis zur Erfüllung des von dem Dfferenten abzuschließenden Kontraktes als Erfüllungskautions liegen, können jedoch auch gegen andere vorschriftsmäßig geprüfte und bestätigte Kautions-Instrumente ausgetauscht werden; es muß hie-

bei aber der nach der Größe der zugewiesenen Lieferung von der vorgeschriebenen Kontrakt-Kautions abgängige Betrag ergänzt werden, während andererseits der Mehrbetrag des Badiums zurückerstattet wird. Wurde von einem mit einer Lieferung theilhaftigen Differenten das Badium in Aktien oder Prioritäts-Obligationen der eine Staatsgarantie genießenden Gesellschaften erlegt, so hat derselbe bei dem Kontrakt-Abschlusse anstatt dieser Aktien oder Prioritätsobligationen entweder bares Geld, oder Realhypotheken, oder österreichische Staatsschuldverschreibungen, oder Pfandbestellungs- und Bürgschafts-Urkunden zu erlegen, und es hat die sofort erlegte Kautions bis zur Erfüllung des Kontraktes erliegen zu bleiben.

Das erlegte Badium derjenigen Differenten, deren Anbote nicht genehmigt wurden, wird so gleich zurückgestellt. In dem Offerte ist das Badium stets mit dem entfallenden Betrage in österreichischer Währung und der sonstigen näheren Bezeichnung auszudrücken und ferner darin ausdrücklich zu erklären, daß der Different die Lieferungsbedingungen vollinhaltlich eingesehen habe, daher hievon die genaue Kenntniß besitze und sich denselben in allen Punkten unterwerfe, und ebenso auch die bei den Monturs-Kommissionen aufliegenden Original-Probemuster, dann Material-Dividenden und Konfektionsbeschreibungen eingesehen und hievon ebenfalls genaue Kenntniß genommen habe.

15. Für die Einbringung der Offerte wird der Termin bis auf den

31. Oktober 1865,

zwölf Uhr Mittags, ohne Unterschied für deren Ueberreichung bei einem Landes-General-Kommando oder bei dem Kriegsministerium, festgesetzt, und es verpflichtet sich das Kriegsministerium die Differenten über die Annahme oder Nichtannahme ihrer Offerte bis längstens Ende Dezember 1866 zu verständigen.

Wien, am 5. September 1865.

## Oznanilo.

Vojaško ministerstvo ima v misli, zagotoviti potrebno obutvo za upravno leto 1866 ne samo po obstoječih triletnih pogodnikih (kontrahentih), ampak tudi po ponudkih splošne konkurence pod sledecimi pogoji:

1. To zagotovljenje obseže samo enoletno razdobje zakladanja v sončnem letu 1866, torej se z ozirom na to, da se bo v istem letu manj potrebovalo, postavi najmanjšina, ktera se za zakladanje ponuditi more, na 15.000 parov obutve; toda se mora tretji del te obutve, ali na zahtevanje vojaškega ministerstva tudi več zakladati v popolnoma že v snovi (materialu) zrezanem stanu.

Razun te najmanjšine za zakladanje, ktera znese 15.000 parov obutve, se mora v ponudku (ofertu) povedati največina, ktero ponudnik zakladati more.

Pogodbe, ktere se bodo naredile za gori imenovano razdobje zakladanja, veljajo samo za leto 1866 brez vsega daljega izvoda.

2. Stvari, ktere se imajo zakladati, so: čevlji, nizke skorne, huzarske čizme, visoke skorne za poprejšne ulane-dobrovoljce in čizme za poprejšnje dobrovoljske huzarske regimente in čikoske čizme v izdelanem, potem v popolnoma v snovi zrezanem stanu, po verstah velikosti, kakor so za vsako blago postavljene.

3. Pod ponujeno vesolno najmanjšino za zakladanje od 15.000 parov razne obutve, se more ponujati vse gori imenovano blago skupej, ali pa tudi posamne verste tega blaga, n. pr. čevlji, nizke skorne. Pri vsaki stvari, ktera se zakladati hoče, se mora povedati cena, po kateri se bo zakladala. Pri čevljih se mora povedati ta cena ne samo za ponudbo čevljev brez razločka velikosti, ampak tudi še posebej za vsako versto velikosti, katerih je osem.

4. Podplati za obutev morajo biti v jezičah strojeni, kakor so se dozdej rabili,

vendar je perpušeno zakladati obutev, ktere imajo podplate v jezičah in hrastovem čreslu strojene, tako imenovane nemške podplate.

5. Pogodnik (kontrahent) je primoran, izdelovati obutev v lastnih, pod svojim naravnim obzirom stoječih fabriknih prostorjih, in je vojaškemu ministerstvu na izvoljo dano, ako se mu vzvidi, se prepričati po pregledu opravljanja, če kontrahent spolnuje ta pogoj.

6. Obutva mora izdelana biti popolnoma po obrazkih (muštih) za skušnjo. Blago, ktero se bo zakladalo, preiskavati in razsojevati, je samo perpušeno tisti monturski komisiji, ktera ga prejema.

Ako se blago pri prejemanju zverže, imajo v tistih primerljajih, kjer je dozdej sodbena izreka zvedenih mož razsojevala, če je v prepiru stoječe blago po obrazkih (muštih), ali ne, v prihodnič namesto teh umetnih pozvedencev mešane komisije razsojevati, če so zveržene reči po muštih, ali ne.

7. Ako potemtakem zakladavec izreče, da ni zadovoljen z mnenjem prejemne komisije zastran ugodnosti svojega blaga, mu je na voljo dano, ako se mu obotave brez pravega vzroka in prenapete zdijo, na stroške tistega, kateri pravdo zgubi, tirjati mešano komisijo, in ta se mu ne sme odreči.

Ta komisija, ktero sestavlja deželna generalna komanda, mora obstati:

- iz enega generala, kakor predsednika;
- iz enega stabnega oficirja in enega stotnika ali ritmoistra, ismed katerih eden se odločiti mora iz vojaškega stanu, in drugi po c. k. generalnem monturskem nadzorstvu iz monturskega oddelka, toda ne sme biti od tiste monturske komisije, pri kateri je preiskava;
- iz enega vojaškega nadkomisarja ali vojaškega komisarja, in
- iz treh zvedencev iz civilnega stanu, iz med katerih izvoli enega zakladavec, drugega monturska komisija in tretjega kupčiska sodnija po zaprosbi deželne generalne komande.

Vendar pa mora zakladavec položiti svojo pismo prošnjo za sestavljene take komisije pri deležni generalni komandi, v ktere okrogu podvržena monturska komisija leži, in ob enem imenovati zvedenca, ktere ga je izvolil, nar dalje v osmeh dneh od tiste dobe, ko se mu je od komisije blago izverglo; ako tega ne stori bi se mislilo, da je z mnenjem monturske komisije zadovoljen. Mnenje take nestranske komisije, h kateri zakladavec sam priti ali pooblastenca poslati in kakošne vgovore povedati more, velja tedaj zastran tega, ali je blago po muštru, ali ne, za končno-veljavno razsodbo, tako, da nima nobena stran pravice, se dalje pritoževati, ne po opravnici, ne po pravdni poti.

Stroške, ki se natečejo po taki nestranski komisiji, nese zakladavec, ako je komisija spoznala, da preiskane snove ali sorte niso celo ali tudi le deloma po muštih.

8. Kar se ima po pogodbi zakladati, to mora praviloma zakladavec, s katerim se je bila pogodba za zakladanje naredila, sam, in sicer pričujoč odpravljati. Ako se pa pogojeno blago zalagati mora od več početnikov vsled pogodbe, ktera jih nerazdelno veže, tedaj ga mora odpravljati tisti, kateri je od sopočetnikov nerazdelno zvezanih za to izrekoma odločen, kateri tedaj v imenu nerazdelno zvezanih pogodnikov to opravilo vodi in spolnuje pogodbene dolžnosti. Če pogodnik ne more osebno spolnovati iz pogodbe izvirajočih dolžnosti ali pravic, utegne — soglasno z odločbami občenega, derzavlanskega zakonika — postaviti pooblastenca, da ga on zastopa.

Za dolžnosti, ktere se imajo spolnovati iz ene in iste pogodbe, se pa sme le eden pooblastenec postaviti, in samo, če pogod-

nik ima pri več monturskih komisijah dogodbene dolžnosti spolnovati, bodi si iz ene ali več in raznih pogodb, utegne on za vsako montursko komisio postaviti posebej enega pooblastenca.

V vseh drugih primerljajih ni perpušeno večstransko pooblastenje.

Ako se preklic pooblastilo, mora pogodnik ta preklic pooblastila, kakor tudi, če bi bil pooblastenca vnovič postavil, to dotični monturski komisiji vselej v pravem času na znanje dati, in tudi se mora od pogodnika izvoljen in postavljen pooblastenec vselej povedati v dotični pogodbi zastran zakladovanja, za ktero je on postavljen.

9. Kar se tiče oblike in daljega zapopadka pogodbe, ktera se vloži, se je treba ravnati po pogojih razglašanih v razpisu zastran zakladanja obutve za leto 1864 kteri pogoji se zvejo pri vsaki monturski komisiji, in v veljavnosti ostanejo v vseh pikah, razun tistih, ktere so po sledecem oznanilu predrugačene.

10. Ponudnik, ki je v pogodivni ravnavi, je, dokler ta obravnava ni končana, nesposoben spoznan, ponudbe narejati. Takiisto se ne bo gledalo na ponudbe po telegrafiški poti poslane.

11. Z ponudkom vred se mora ob enem poslati predpisano spričevalo zastran tega, da je ponudnik zmožen zakladati, ktero je štampelja prosto, potem tudi varšina v posebnem zavitku, na katerem je zapisan zapopadek.

12. Spričevalo zastran tega, da je ponudnik zmožen zakladati, za ktero ima ponudnik tri dni, predno svoj ponudek vloži, pri dotični kupčijski in obertnijski skupšini ali pri sicer pristojni oblastni prositi, se ima dati ponudniku vselej zapečateni, in se mora tudi ponudku zapečateni pridjati. V vsakem takem spričevalu se mora odločno izreči, če se ponudnik z izdelovanjem obutve peča, kakor z pravo obertnijo, ali če samo usnje izdeluje, potem če je v stanu, obutev izdelovati v lastnih fabriknih prostorjih, in sploh tako, kakor to tirjajo ponudbeni pogoji. Tudi morajo v tem spričevalu presojene biti okolišine njegovega premoženja, in ako bi bil v pogodivni ravnavi, se mora tudi to naznaniti.

13. Varšine, ktere se morajo zastran tega prinesiti, da bo ponudnik svojo ponudbo spolnoval, in ktere morajo imeti pet procentov vrednosti tistih stvari, ki jih bo zakladal, ktera vrednost se izrajta po tirjanih cenah za ponudeno kolikost kakor za najmanjšino zakladanja, se morajo vpoložiti v gotovem denarju, ali v realnih hipotekah, ali v avstrijskih državnih obligacijah, ali pa poslednjič v delnicah ali predstvenih obligacijah tistih družtev, ktere imajo državno poroštvo. Avstrijske državne obligacije se izrajtajo po borsnem kursu tistega dne, ktere ga so plačljive, ako so pa srečkovavne, se ne smejo nikakor za več vzeti, kakor na koliko se glasijo; imenovane delnice in predstvene obligacije se pa jemljejo po borsnem kursu tistega dne, ko so se vložile po 10 procentnem odbitku.

Derzavno poroštvo vživajo dozdej sledeče obertnijske započetebe: Avstrijsko parobrodsko društvo po Donavi, društva cesarične elizabetne železnice, južne derzavne, lombardo-beneské, osredne taljanske železnice, društva tisne, gališke karol-ljudjeviške železnice, češke zahodne železnice, levovske-černoviške železnice, društva južno-severne nemške zvezne in avstrijske derzavne železnice. Zastavne in poroštvne pisma se morajo samo tedaj za varšino ali aro jemati, če so vpisane na nepremakljivo dobro (blago), po postavi zavarvane in od dotične finančne prokurate poterjene zastran tega, da se smejo jemati. Menjice se ne jemljejo ne za varšino ne za aro.

14. Varšine tistih ponudnikov, katerim se je kako zakladanje dovolilo, ostanejo, ako so se vložile v gotovem denarju, ali v realnih hipotekah, ali v avstrijskih državnih obligacijah, ali v zastavnih in poroštenih pismih, pri komisii tako dolgo, da se spolni pogodba, ktera se je z ponudnikom naredila, kakor spolniva ara; pa se vendar utegnejo zamenjati za druge, po postavi skušene in poterjene varšinske pisma. Pri tem se pa mora toliko dodati, kolikor po velikosti izročeneza zakladanja manjka od predpisane pogodbine varšine, sicer se pa toliko nazaj dá, za kolikor te pisma varšino presežejo. Ako je ponudnik, kateremu se je kako zakladanje dalo, varšino položil v delnicah ali v predstvenih obligacijah družtev, ktere vživajo državno porošstvo, tedaj mora on, kedar se z njim pogodba naredi, namest teh delnic ali predstvenih obligacij položiti gotov denar ali realne hipoteke ali avstrijske državne obligacije ali zastavne in poroštvne pisma, in ta vpoložena varšina ima tako dolgo pri komisii ležati, da pogodnik spolni svojo pogodbo.

Varšine, ktere so položili drugi ponudniki, katerih ponudbe niso obveljale, se precej nazaj dajo. V ponudku se mora vselej varšina zapisati, koliko znese v avstrijski veljavi, in se morajo zapisati tudi druge bolj natanke zaznambe, dalje se mora v njem razločno povedati, da je ponudnik prebral vse pogoje zakladanja v njih celem zapopadku, da jih tedaj natanko pozna in se njim podverže v vsih pikah, takisto tudi, da je pregledal pri monturski komisii izvirne mustre za skušnjo in tudi materijalne (snovne) dividende in popise izdelovanja, in da jih tudi natanko pozna.

15. Rok (brišt) za vpoložbo ponudkov je postavljen na 31. dan oktobra 1865, opoldne, brez razločka, ali se vpoložijo pri kaki deželni generalni komandi ali pri vojaškem ministerstvu, in vojaško ministerstvo se zaveže, ponudnikom naznaniti nar dalje do konca decembra 1865, če se je njih ponudba poterdila, ali ne.

Na Dunaju 5. septembra 1865.

(325—3)

Nr. 10379.

**Kundmachung**

über den Verkauf des k. k. Religionsfonds-gutes Gairach in Unterfeiermark.

Nachdem die mit der hierämtlichen Kundmachung vom 19. Juli l. J., Z. 8124, auf den 24. August 1865 ausgeschriebene Versteigerung des Fonds-gutes Gairach erfolglos geblieben ist, so wird hiemit eine neuerliche Versteigerung und zwar auf den

18. Oktober 1865,

Vormittag 10 Uhr, ausgeschrieben.

Der bisherige Fiskalpreis mit 76793 fl. so wie die übrigen Bedingungen und Bestimmungen, wie solche in der ersten Ausschreibung festgestellt worden sind, werden beibehalten, und der Zeitpunkt, bis zu welchem die schriftlichen Offerte längstens einzubringen sind, wird auf den 16. Oktober 1865 Mittags festgesetzt.

Die erste Ausschreibung war in dem Amtsblatte der Laibacher Btg. Nr. 172 vom 29. Juli enthalten.

Marburg, am 14. September 1865.

k. k. Finanz-Bezirks-Direktion.

(334—2)

Nr. 439.

**Kundmachung.**

Bei dem gefertigten k. k. Forst- und Sequestrationsamte ist die Stelle eines Forsthüters mit einer Jahresselohnung von 226 fl. 80 kr. zu besetzen.

Bewerber um diesen Posten, der jedoch nur ein zeitweiliger ist und keinen Anspruch auf Pension oder andere Versorgung gewährt, haben sich über ihr Alter, angemessene Schulbildung, frühere Verwendung in Forst- oder sonstigen Diensten, rüstigen Körperbau, moralisches und politisches Wohlverhalten, sowie über die Kenntniß beider Landessprachen auszuweisen und die so belegten selbst geschriebenen Gesuche bis zum 15. Oktober 1865

hieramts einzureichen.

Ufiling, am 23. September 1865.

k. k. Forst- und Sequestrationsamt der Weissenfelder Wälder.

(324—3)

Nr. 3478.

**Kundmachung.**

Bei den zu errichtenden Postexpeditionen in Semie, Bezirk Mötting, Altenmarkt bei Pö-

land, Bezirk Tschernembl, und Nesselthal, Bezirk Gottschee, sind die Postexpeditionenstellen zu besetzen und wird zu diesem Behufe der Konkurs

bis 15. Oktober l. J.

eröffnet.

Die mit jedem dieser drei Dienstposten verbundenen Bezüge bestehen in einer Jahresbestallung von 120 fl. in einem Kanzeleipauschale jährl. 24 fl. und einem erst zu vereinbarenden Pauschalbetrage für die Besorgung der wöchentlich dreimaligen Fußbotenpost zwischen Semie und Mötting, beziehungsweise zwischen Altenmarkt und Tschernembl und dann zwischen Nesselthal und Gottschee; dagegen hat der Postexpedient vor dem Dienstantritte sich die Postmanipulation eigen zu machen und hieraus einer Prüfung zu unterziehen, so wie auch eine Kaution per 200 fl. zu leisten.

Die Bewerber haben ihre eigenhändig geschriebenen Gesuche innerhalb des obigen Konkurstermines bei der gefertigten Postdirektion einzubringen, sich darin über ihr Alter, bisherige Beschäftigung, Vermögen und das politische und moralische Wohlverhalten auszuweisen und gleichzeitig anzugeben, um welchen Jahrespauschalbetrag sie die bezüglichen Fußbotengänge besorgen würden.

Triest, am 15. September 1865.

k. k. Postdirektion.

(323—3)

Nr. 6126.

**Kundmachung.**

Von dem k. k. Postkursbureau in Wien ist über Auftrag des hohen k. k. Handelsministeriums eine neue Ausgabe des I. Theiles des amtlichen Postkursbuches, enthaltend die bei den Eisenbahn- und Dampfschiffahrten und Posten der österreichischen Monarchie für den Personen- und Postverkehr bestehenden Fahrordnungen und Kurseinrichtungen nebst einer Karte, erschienen.

Der Ankaufspreis beträgt 40 kr. 6 W.

Wegen Ueberkommung dieses wichtigen Nachschlagebuches wolle sich an die k. k. Postdirektion (oder an jedes beliebige k. k. Postamt des k. k. k. k. Postbezirk) unter Anschluß des Kostenpreises gewendet werden.

Triest, am 9. September 1865.

k. k. Postdirektion für Küstenland und Krain.

## Nr. 223. Intelligenzblatt zur Laibacher Zeitung. 29. September. 1865.

(1875—2)

Nr. 2948.

**Edikt**

zur Einberufung der dem Gerichte unbekannt Erben der Elisabeth Dollzel von Laib Nr. 129.

Von dem k. k. Bezirksamte Laib, als Gericht, wird bekannt gemacht, daß am 7. September 1865 die Elisabeth Dollzel in Laib Nr. 129 ohne Hinterlassung einer letztwilligen Anordnung gestorben sei.

Da diesem Gerichte unbekannt ist, ob und welchen Personen auf ihre Verlassenschaft ein Erbrecht zustehe, so werden alle diejenigen, welche hierauf aus was immer für einem Rechtsgrunde Anspruch zu machen gedenken aufgefordert, ihr Erbrecht binnen Einem Jahre, von dem unten gesetzten Tage gerechnet, bei diesem Gerichte anzumelden und unter Ausweisung ihres Erbrechtes ihre Erberklärung anzubringen, widrigenfalls die Verlassenschaft, für welche inzwischen der k. k. Notar Herr Johann Triller in Laib als Verlassenschafts-Kurator bestellt worden ist, mit Jenen, die sich werden erberklärt und ihren Erbrechtstitel ausgewiesen haben, verhandelt und ihnen eingewantwortet, der nicht angetretene Theil der Verlassenschaft aber, oder, wenn sich Niemand erberklärt hätte, die ganze Verlassenschaft vom Staate als erblos eingezogen würde.

k. k. Bezirksamt Laib, als Gericht, am 8. September 1865.

(1931—2)

Nr. 2484.

**Exekutive Teilbietung.**

Von dem k. k. Bezirksamte Idria, als Gericht, wird hiemit bekannt gemacht:

Es sei über das Ansuchen des Ignaz Zhadesch von Srednavas, Bezirk Laib, gegen Herrn Josef Arrigler von Idria wegen aus dem Vergleich vom 6. März 1861, Z. 627, schuldiger 600 fl. ö. W. c. s. c. in die exekutive öffentliche Versteigerung der dem Letztern gehörigen, im Grundbuche der Stadt Idria sub Urb.-Nr. 136 vorkommenden, laut Schätzungsprotokoll vom 20. März 1862, Z. 618, auf 544 fl. ö. W. bewerteten Realität sammt An- und Zugehör, nebst den demselben gehörigen, auf 195 fl. 52 kr. ö. W. geschätzten Fahrnissen, gewilliget und zu deren Vornahme die Teilbietungstagsatzungen auf den

26. Oktober,

20. November und

14. Dezember 1865,

jedesmal Vormittags um 10 Uhr, hieramts mit dem Anhange bestimmt worden, daß die feilzubietende Realität nur bei der letzten Teilbietung auch unter dem Schätzungswerte an den Meistbietenden hintangegeben werde.

Das Schätzungsprotokoll, der Grundbuchsextrakt und die Lizitationsbedingungen können bei diesem Gerichte in den gewöhnlichen Amtsstunden eingesehen werden.

k. k. Bezirksamt Idria, als Gericht, am 29. August 1865.

(1939—2)

Nr. 2750.

**Exekutive Teilbietung.**

Von dem k. k. Bezirksamte Landstraß, als Gericht, wird hiemit bekannt gemacht:

Es sei über das Ansuchen des Herrn August Paulin von Thurnamhart gegen Georg Primilic von Planina wegen aus dem Zahlungsauftrage vom 27. Jänner 1863, Z. 199 und 200, schuldiger 182 fl. 70 kr. ö. W. c. s. c. in die exekutive öffentliche Versteigerung der dem Letztern gehörigen, im Grundbuche Thurnamhart sub Berg.-Nr. 216 und Kft.-Nr. 183 vorkommenden Realität sammt An- und Zugehör, im gerichtlich erhobenen Schätzungswerte von 1217 fl. ö. W. gewilliget und zur Vornahme derselben die Teilbietungs-Tagsatzungen auf den

27. Oktober,

24. November und

15. Dezember 1865,

jedesmal Vormittags um 9 Uhr, hieramts mit dem Anhange bestimmt worden, daß die feilzubietende Realität nur bei der letzten Teilbietung auch unter dem Schätzungswerte an den Meistbietenden hintangegeben werde.

Das Schätzungsprotokoll, der Grundbuchsextrakt und die Lizitationsbedingungen können bei diesem Gerichte in den gewöhnlichen Amtsstunden eingesehen werden.

k. k. Bezirksamt Landstraß, als Gericht, am 16. August 1865.

(1922—2)

Nr. 2934.

**Exekutive Teilbietung.**

Von dem k. k. Bezirksamte Reifnitz, als Gericht, wird hiemit bekannt gemacht:

Es sei über das Ansuchen der Katharina Schwegel von Weikersdorf gegen Stefan Peter von Weikersdorf wegen aus dem Urtheile vom 29. Mai 1861, Z. 2405, schuldiger 48 fl. 73 kr. ö. W. c. s. c. in die exekutive öffentliche Versteigerung der dem Letztern gehörigen, im Grundbuche der Herrschaft Ortenegg sub Urb.-Nr. 152 1/2 vorkommenden Realität, im gerichtlich erhobenen Schätzungswerte von 1610 fl. ö. W., gewilliget und zur Vornahme derselben die drei Teilbietungstagsatzungen auf den

18. Oktober,

18. November und

18. Dezember 1865,

jedesmal Vormittags um 9 Uhr, im Orte der Realität mit dem Anhange bestimmt worden, daß die feilzubietende Realität nur bei der letzten Teilbietung auch unter dem Schätzungswerte an den Meistbietenden hintangegeben werde.

Das Schätzungsprotokoll, der Grundbuchsextrakt und die Lizitationsbedingungen können bei diesem Gerichte in den gewöhnlichen Amtsstunden eingesehen werden.

k. k. Bezirksamt Reifnitz, als Gericht, am 22. Juni 1865.